

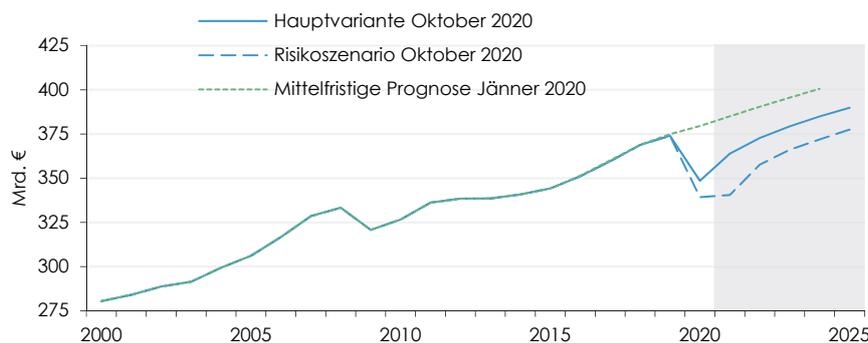
COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten

Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Christian Glocker, Walter Hyll, Hans Pitlik

- Im 1. Halbjahr 2020 verzeichnete Österreich den schwersten Wirtschaftseinbruch seit 75 Jahren.
- In der Hauptvariante der Prognose wird ein Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 um knapp 7% erwartet, die Arbeitslosenquote steigt auf knapp 10%.
- Aufgrund umfangreicher fiskalpolitischer Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Rezession sowie massiver Einnahmenausfälle steigt das Budgetdefizit auf 9½% des BIP.
- Über den Prognosezeitraum beträgt das durchschnittliche jährliche Trendwachstum 1%.
- In einem pessimistischeren Risikoszenario wird im IV. Quartal 2020 eine zweite Infektionswelle angenommen, der mit restriktiveren gesundheitspolitischen Maßnahmen bis hin zu einem (partiellen) Lockdown begegnet wird.
- Das BIP würde in diesem Szenario 2020 um 9¼% schrumpfen und 2021 auf diesem niedrigen Niveau beinahe stagnieren. Die Arbeitslosenquote steigt bis 2021 gegenüber der Hauptvariante um 1½ Prozentpunkte auf 10¼%.
- Das Budgetdefizit würde sich 2020 auf 10,8% und die öffentliche Schuldenquote 2021 auf 93% erhöhen.

Szenarien der Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Nach der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem durch die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu deren Eindämmung ausgelösten Einbruch der Wirtschaftsleistung von knapp 7% erwartet das WIFO 2021 eine deutliche Erholung der Wirtschaftsleistung. Dennoch werden die Folgen der Krise auch noch mittelfristig zu spüren sein (Q: WIFO-Berechnungen).

"In einer Vergleichsrechnung mit der WIFO-Prognose vom Jänner 2020, d. h. vor Ausbruch der COVID-19-Rezession, beträgt die BIP-Lücke in der Hauptvariante im Jahr 2020 8¼% und verringert sich bis 2024 auf 4%. Diese nur schleppende Schließung ist auf einen Rückgang des Trendwachstums zurückzuführen."

COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten

Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Christian Glocker, Walter Hyll, Hans Pitlik

COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten.

Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

In der Hauptvariante der Prognose erwartet das WIFO für Österreich für das Jahr 2020 einen Rückgang des realen BIP um knapp 7% und der Beschäftigung um fast 2% sowie einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10%. Die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession und die Steuerausfälle werden 2020 eine Zunahme des Budgetdefizits auf 9½% und der Staatsverschuldung auf rund 84% des nominellen BIP zur Folge haben. 2021 zeigt sich ein Rebound-Effekt (+4,4%), in den Folgejahren verflacht die Wachstumsdynamik schrittweise (2025 +1,3%). Wegen der geringen Investitionstätigkeit und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit schwächt sich das Trendwachstum auf +1% p. a. ab. In der Hauptvariante würde die Arbeitslosenquote bis zum Ende der Prognoseperiode auf das Vorkrisenniveau (7½%) zurückgehen. In einem pessimistischeren Risikoszenario wird angenommen, dass aufgrund einer zweiten Infektionswelle im IV. Quartal 2020 in Österreich wie auch bei den europäischen Haupthandelspartnern deutlich restriktivere gesundheitspolitische Maßnahmen bis hin zu einem (partiellen) Lockdown gesetzt werden. Die österreichische Wirtschaft würde dann 2020 um 9¼% schrumpfen, 2021 auf diesem niedrigen Outputniveau beinahe stagnieren (+½%); 2022 würde sich ein Rebound-Effekt zeigen (+5%). Das Budgetdefizit würde 2020 auf 10,8%, die öffentliche Schuldenquote bis 2021 auf 93¼% und die Arbeitslosenquote auf 10¼% steigen. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes würde die Arbeitslosenquote auf 8,1% zurückgehen.

COVID-19 Pandemic Dampens the Economic Outlook.

Medium-term Forecast 2021 to 2025

In the baseline scenario of the forecast, Austria is expected to see a decline in real GDP of almost 7 percent and employment by about 2 percent in 2020, and an increase in the unemployment rate to around 10 percent. Fiscal measures to cushion the recession and the loss of tax revenues will result in an increase in the public deficit at 9½ percent and in public debt to 84 percent of nominal GDP in 2020. A rebound effect (+4.4 percent) will be seen in 2021; in the following years the growth dynamics will gradually decrease (2025 +1.3 percent). Due to low investment activity and persistently high unemployment, trend growth will weaken to +1 percent p.a. In the baseline scenario, the unemployment rate would fall to its pre-crisis level (7½ percent) by the end of the forecast period. In a more pessimistic risk scenario, it is assumed that due to a second wave of infection in the fourth quarter of 2020 in Austria and in the European main trading partners, significantly more restrictive health policy measures up to (partial) lockdowns will be taken. Under this scenario, the Austrian economy would shrink by 9¼ percent in 2020, almost stagnate (+½ percent) at this low output level in 2021 and rebound in 2022 (+5 percent). The budget deficit would rise to 10.8 percent in 2020; by 2021 the public debt ratio would rise to 93¼ percent and the unemployment rate to 10¼ percent. By the end of the forecast period, the unemployment rate would fall to 8.1 percent.

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Begutachtung: Christoph Badelt, Simon Loretz, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at)

• Das von der Bundesregierung präsentierte Maßnahmenpaket vom 31. 10. 2020 zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurde in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt. Berechnungen für die Hauptvariante abgeschlossen am 6. 10. 2020, Berechnungen für das Risikoszenario am 22. 10. 2020, Text abgeschlossen am 27. 10. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Mag. Dr. Christian Glocker, MSc (christian.glocker@wifo.ac.at), Dr. Walter Hyll (walter.hyll@wifo.ac.at), apl. Prof. Dr. Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

Die Ausgangslage für die mittelfristige WIFO-Prognose 2021/2025 ist die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

1. Überblick und grundlegende Annahmen

Der Großteil der Weltwirtschaft wurde im Frühjahr 2020 beinahe zeitgleich von den Folgen der COVID-19-Pandemie erfasst. Viele Länder schränkten die **Angebotsseite der Wirtschaft durch gesundheitspolitische Maßnahmen stark ein. Negative Nachfrageeffekte verstärkten den Einbruch.** Diese weltweit synchrone Entwicklung verschärfte die COVID-19-Rezession über Netzwerk-

effekte (bzw. deren Unterbrechung – z. B. durch den Zusammenbruch von internationalen Lieferketten) und Multiplikator-Akzelerator-Effekte (durch einen weltweiten Rückgang der Konsum- und Investitionsneigung). Als Konsequenz stürzte die **Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.** Die öffentliche Hand versuchte in fast allen Ländern, den

wirtschaftlichen Folgen der Krise mit fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Um die mögliche Bandbreite der künftigen Wirtschaftsentwicklung in dieser mittelfristigen Vorausschau einzugrenzen, wird neben der Hauptvariante der Prognose auch ein pessimistischeres Risikoszenario vorgestellt.

In der **Hauptvariante** (Kapitel 2 und 3) kann die **COVID-19-Rezession** auf das **1. Halbjahr 2020** eingegrenzt werden. Sie ist **viel tiefer als frühere Rezessionen, aber von kurzer Dauer**. Mit dem Nachlassen der gesundheitlichen Notlage und einem besseren Informationsstand über das Virus und seine Wirkung wurden über den Sommer in vielen Ländern die gesundheitspolitisch motivierten Eindämmungsmaßnahmen schrittweise aufgehoben. Dies ermöglichte in der Folge die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit und regte die Produktion an. Der Umstand, dass dies international asynchron verläuft, verlängert die Dauer der negativen Effekte der Pandemie auf die Weltwirtschaft. Vor diesem Hintergrund wird sich die Weltwirtschaft zwar zögerlich, aber stetig erholen. Die Hauptvariante geht zwar von einer Zunahme der Infektionsfälle in der zweiten

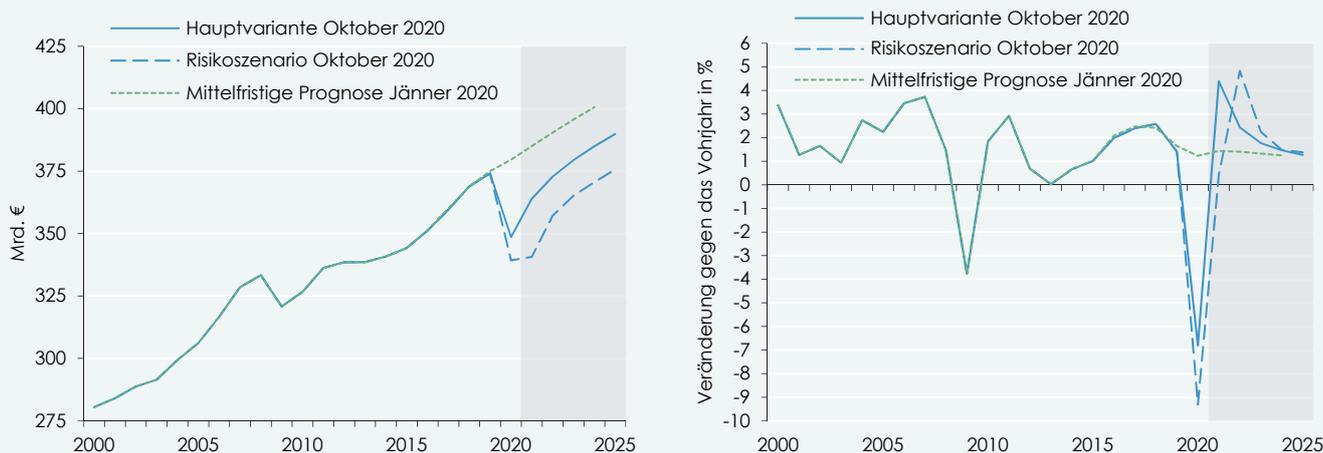
Jahreshälfte 2020 aus, es wird aber angenommen, dass **das epidemische Geschehen durch temporäre, lokale Maßnahmen unter Kontrolle gehalten werden kann** und damit die Zahl der Hospitalisierungen und schweren Krankheitsverläufe in einem Rahmen bleibt, den das Gesundheitssystem in Österreich und bei den (europäischen) Haupt-handelspartnern bewältigen kann.

Dem steht das **Risikoszenario** gegenüber, das im IV. Quartal 2020 sowohl in Österreich als auch bei den Haupthandelspartnern eine **zweite schwere Infektionswelle** unterstellt, die **drastischere, das Wirtschaftsleben stärker einschränkende Maßnahmen** (auch bis hin zu einem Lockdown für bestimmte Wirtschaftsbereiche und allgemeinen Ausgangsbeschränkungen) notwendig macht. Die Drosselung der Wirtschaftsaktivität insbesondere in der Tourismuswirtschaft, in der Gastronomie, im Handel (außer für notwendige Güter), im Veranstaltungswesen und den persönlichen Dienstleistungen hat einen neuerlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine zweite **(Double-Dip-)Rezession im IV. Quartal 2020 und I. Quartal 2021** zur Folge (*Schiman*, 2020, Abbildung 3, in diesem Heft).

Gemäß der Hauptvariante der Prognose setzt sich die Erholung im Herbst 2020 und Winter 2021 abgeschwächt fort, und die COVID-19-Epidemie kann mit einfachen Verhaltensmaßnahmen unter Kontrolle gehalten werden.

Im Risikoszenario werden im IV. Quartal 2020 drastische Maßnahmen bis zu größeren Schließungen und Lockdown in bestimmten Branchen angenommen. Das unterbricht die Erholung und verlängert die Rezession.

Abbildung 1: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Diese beiden Varianten der mittelfristigen WIFO-Prognose werden unter den in den Kapiteln 2 bis 4 genauer ausgeführten Annahmen mit Hilfe des Modells WIFO-Macromod (*Baumgartner et al.*, 2005) simuliert. Die Hauptvariante baut auf der WIFO-Konjunkturprognose 2020/21 vom Oktober 2020 auf¹⁾.

Die vorliegende Prognose berücksichtigt die bis Mitte September 2020 beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Unterstützung der privaten Haushalte und Unternehmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise (Kapitel 3.7). Darüber hinaus liegt der Prognose eine "No-Policy-Change"-Annahme²⁾ in

¹⁾ Im Gegensatz zur Prognose vom April 2020 (*Baumgartner – Kaniowski et al.*, 2020) wird im vorliegenden Heft wieder die übliche Teilung in einen Artikel zur kurzfristigen Konjunkturprognose für die Jahre 2020/21 (*Schiman*, 2020) und einen für die mittelfristige Prognose (2021/2025) vorgenommen.

²⁾ Das WIFO trifft in seinen Prognosen generell eine No-Policy-Change-Annahme, d. h. die Prognosen berücksichtigen im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch Maßnahmen, die noch nicht formal beschlossen sind, einbezogen, etwa wenn der

Bezug auf weitere (z. B. im Regierungsprogramm dargestellte) wirtschaftspolitische Maßnahmen zugrunde. Das Risikoszenario unterstellt aber eine Verlängerung der be-

reits beschlossenen und in der Hauptvariante angenommenen COVID-19-Unterstützungsleistungen.

2. Internationale Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner

Der Verlauf der weltweiten Konjunktur prägt den Wachstumspfad kleiner offener Volkswirtschaften wie jener Österreichs. Da der Export (von Waren und Dienstleistungen) die größte und damit wichtigste Verwendungskomponente ist, bestimmt dieser den Pfad der heimischen Konjunktur sehr maßgeblich. In die fünf wichtigsten Handelspartnerregionen gehen traditionell zwei Drittel der österreichischen Exporte.

Übersicht 1 und Abbildung 2 (blaue Linien) fassen die internationalen Annahmen der

Hauptvariante der vorliegenden Prognose für die fünf (Abbildung 2: drei) wichtigsten Exportpartner zusammen. Sie orientieren sich am Basisszenario der Prognose von Oxford Economics von Mitte September 2020, wurden jedoch entsprechend den Erfordernissen für die Implementierung ins Prognose- und Simulationsmodell WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005) und gemäß den Einschätzungen der WIFO-Expertinnen und -Experten für die Bereiche internationale und monetäre Ökonomie angepasst. Die Anpassungen betreffen vorwiegend 2020 und 2021, um die hier dargestellte Prognose mit der aktuellen kurzfristigen WIFO-Prognose (Schiman, 2020) in Einklang zu bringen.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 0,8	- 0,1	+ 2,4	- 7,5	+ 5,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	- 4,4	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	
USA	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,4	- 4,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	
Schweiz	+ 1,7	+ 0,5	+ 2,1	- 4,3	+ 3,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	
China	+ 7,9	+ 5,6	+ 6,3	+ 1,4	+ 9,4	+ 6,0	+ 5,6	+ 5,4	+ 5,0	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,6	- 6,1	+ 4,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6	
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	97	55	48	42	43	47	49	50	51
Wechselkurs	\$ je €	1,29	1,14	1,20	1,14	1,17	1,18	1,20	1,21	1,22
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,5	0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,3

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Vier der fünf Haupthandelspartner befinden sich im Jahr 2020 in einer Rezession. Diese Dämpfung des Marktwachstums schränkt die Exportfähigkeit stark ein.

Wenngleich die gesamte Weltwirtschaft von den Folgen der Pandemie betroffen ist, ist das Ausmaß der Effekte doch unterschiedlich. **Vier der fünf Haupthandelspartner** (bzw. Regionen: andere Länder im Euro-Raum, MOEL 5, USA, China und Schweiz) **befinden sich im Jahr 2020 in einer Rezession**. Der Einbruch ist vor allem in Europa (Euro-Raum) tief. Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um 7,5% setzt sich jedoch aus sehr unterschiedlichen Beiträgen der einzelnen Länder zusammen: mäßigen Einbußen in Deutschland und einem schweren Einbruch in Italien und Frankreich. In den USA, den MOEL-5-

Ländern und der Schweiz schrumpfte die Wirtschaftsleistung etwas schwächer. In China dürfte das BIP 2020 trotz der weltweiten Rezession wachsen. Nach einem kräftigen Anstieg 2021 als unmittelbarer Rebound-Effekt werden sich in der Folge die Zuwachsraten deutlich abschwächen. In den **USA, im Euro-Raum, in den MOEL 5 und in der Schweiz** wird das **Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung erst im Laufe bzw. am Ende des Jahres 2022 erreicht**. Für den Zeitraum 2023 bis 2025 wird eine Rückkehr zum durch die Rezession verringerten

Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess schon sehr weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament

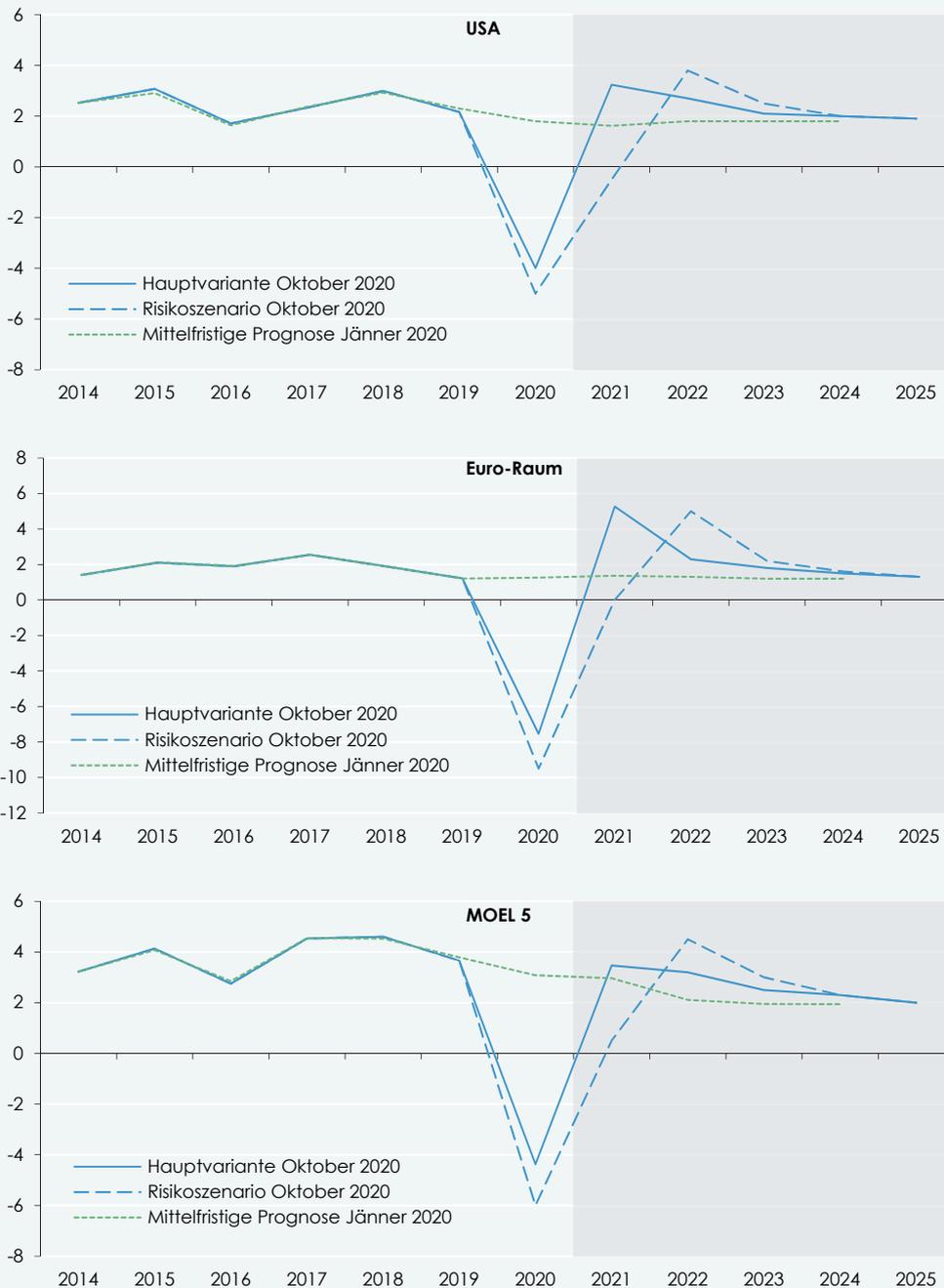
sehr wahrscheinlich erscheint) und hinreichend detailliert vorliegt, um eine quantitative Einschätzung zu ermöglichen.

Trendwachstum angenommen³⁾. Das Marktwachstum (Übersicht 1, Fußnote 2) verlangsamte sich in den fünf Haupthandelspartnerregionen 2020 um 6,1 Prozentpunkte, 2021 wird mit +4,8% ein Rebound erwartet. In den

folgenden Jahren flacht das durchschnittliche Marktwachstum schrittweise ab. Österreichs Exportdynamik folgt diesem Muster (Kapitel 3.1).

Abbildung 2: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

³⁾ Die in Kapitel 3.4 angegebene Begründung für die Abnahme des Trendwachstums gilt auch für diese Länder bzw. Ländergruppen.

2.2 Monetäre Rahmenbedingungen

Die EZB bestätigte in ihrer September-Sitzung das bestehende Paket akkommodierender geldpolitischer Maßnahmen, u. a. die Leitzinssätze nicht zu ändern. Es wird erwartet, dass sie auf ihrem gegenwärtigen Niveau bleiben, bis sich die Inflationsaussichten robust nahe bei, aber unter der 2%-Grenze stabilisieren. Darüber hinaus beschloss die EZB jüngst, ihre Käufe im Rahmen des Pandemie-Notkaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) mit einem Gesamtvolumen von 1,350 Bio. € fortzusetzen. Diese Ankäufe werden weiterhin flexibel über verschiedene Anlageklassen und Länder des Euro-Raumes hinweg durchgeführt, wodurch die EZB etwaigen sich durch den Marktdruck ergebenden Zinssatzunterschieden zwischen den Euro-Ländern entgegenwirken kann. Nettovermögenskäufe, so die EZB, werden im Rahmen des PEPP mindestens bis Ende Juni 2021 und auf jeden Fall so lange durchgeführt, bis aus Sicht der EZB die COVID-19-Krise zu Ende ist. Darüber hinaus werden Kapitalrückzahlungen aus fälligen im Rahmen des PEPP gekauften Wertpapieren mindestens bis Ende 2022 reinvestiert.

Die EZB behält den expansiven geldpolitischen Kurs über den gesamten Prognosezeitraum bei. Auf mittlere Sicht bleibt die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen negativ.

Neben dem PEPP werden Nettoankäufe weiterhin im Rahmen des Programmes zum Erwerb von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) mit einem monatlichen Volumen von 20 Mrd. € getätigt, u. a. um die akkommodierende Wirkung der niedrigen EZB-Leitzinssätze zu verstärken. Darüber hinaus beabsichtigt der EZB-Rat, die Kapitalzahlungen aus fälligen Wertpapieren, die im Rahmen des APP erworben wurden, noch über einen längeren Zeitraum in vollem Umfang zu reinvestieren, jedenfalls aber so lange wie nötig, um günstige Liquiditätsbedingungen und ein ausreichendes Maß an geldpolitischer Akkommodation aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus plant die EZB mit ihren Refinanzierungsgeschäften dem Kreditwesen weiterhin reichlich Liquidität zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die jüngste Operation im Rahmen der dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted longer-term refinancing operations – TLTRO III) verzeichnete eine sehr hohe Mittelaufnahme und unterstützt die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und private Haushalte.

Nicht zuletzt setzte die EZB im September eine zusätzliche geldpolitische Lockerung, indem sie zur Stärkung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus eine **Änderung der Berechnung der Verschuldungsquoten (Leverage Ratios)** für die von ihr beaufsichtigten Banken genehmigte. Nach Marktschätzungen könnten dadurch mehr als **70 Mrd. € an zusätzlichen liquiden Mitteln geschaffen werden.**

Gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 (Baumgartner – Kaniowski et al., 2020) ändert sich damit die Einschätzung zum weiteren Verlauf der Geldpolitik etwas: Unter den aktuellen Voraussetzungen wird im gesamten Prognosezeitraum keine Erhöhung der Leitzinssätze erwartet, da unterstellt wird, dass die EZB zuvor ihren stark vergrößerten Bestand an staatlichen Wertpapieren zumindest teilweise abbauen wird. Der **Dreimonatsgeldmarktsatz** wird unter diesen Bedingungen **bis 2025 negativ** bleiben und im Jahr 2024 leicht von –0,4% auf –0,3% steigen.

Die lockere Ausrichtung des geldpolitischen Kurses sollte in den kommenden Jahren die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum niedrig halten. Zum Ende der Prognoseperiode wird die Sekundärmarktrendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen mit –0,3% angenommen, sie liegt damit deutlich unter der Annahme vom April 2020. Damit wird unterstellt, dass das Volumen des PEPP ausreicht (oder entsprechend ausgedehnt wird), um die Wirkung der Erhöhung der Staatsverschuldung infolge der COVID-19-Krise auf das langfristige Zinsniveau abzuschwächen bzw. zu neutralisieren.

2.3 Rohölpreise und Wechselkurs

Aufgrund von temporären Angebotsausweitungen (bzw. deren Androhung in einem Konflikt über Fördereinschränkungen innerhalb der OPEC+-Gruppe) und dem durch die COVID-19-Rezession verursachten plötzlichen und drastischen Nachfrageausfall sank der Rohölpreis der Sorte Brent im April unter 20 \$ je Barrel. Bis zum September stiegen die Preise im Zuge des Rebound-Effektes der Wirtschaftsleistung auf rund 45 \$ pro Barrel. Die Erholung der Rohölpreise dürfte auf die unerwartet kräftige Erholung der Weltwirtschaft im III. Quartal 2020 zurückzuführen sein, die auch die Energie- und Rohstoffnachfrage ankurbelte. Insgesamt wird die Rohölnachfrage in den Jahren 2020 bis 2022 weiterhin gedämpft und unter dem Niveau von 2019 bleiben, da die Wirtschaftsleistung in den meisten Ländern erst im Laufe des Jahres 2022 das Vorkrisenniveau erreichen wird. Zusätzlich streben viele Länder an, klimaschädliche Emissionen zu senken (Klimaübereinkommen von Paris, European Green Deal). CO₂-neutrale Energieformen werden deshalb stärker gefördert bzw. fossile Energieträger verteuert (z. B. durch CO₂-Steuern), was mittel- bis langfristig die Nachfrage nach fossilen Energieträgern dämpfen sollte (IEA, 2020, Meyer et al., 2020).

Die Annahmen zur mittelfristigen Entwicklung der Rohölpreise basieren auf den Futures-Notierungen von Ende September 2020. Ausgehend von 64 \$ je Barrel (Sorte Brent) im Jahresdurchschnitt 2019 (und bis Mitte März 2020) brach der Kurs im Frühjahr ein (Juni

unter 30 \$ je Barrel), erholte sich aber im Sommer wieder: Für 2020 ergibt sich ein Durchschnittspreis von 42 \$, danach wird ein stetiger Anstieg auf 51 \$ im Jahr 2025 erwartet. Obwohl die Rohölpreis-Terminkurve nur leicht ansteigt, dürften die Rohölpreise volatil bleiben, weil die Wirtschaftsaussichten nach wie vor höchst unsicher und die Lagerbestände an Rohöl außergewöhnlich hoch sind.

Aufgrund der Abwertung des Dollars fiel der Anstieg der Rohölpreise für viele Länder in der Landeswährung schwächer aus. Der

nominell-effektive Wechselkurs des Euro, gemessen an den Währungen von 38 wichtigen Handelspartnern des Euro-Währungsgebietes, stieg in den ersten drei Quartalen 2020 um 2,8%. Gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber dem japanischen Yen, dem Pfund Sterling und dem chinesischen Renminbi wertete der Euro kräftig auf, gegenüber den Währungen der meisten wichtigen aufstrebenden Marktwirtschaften schwächer. Für den Dollar-Euro-Wechselkurs wird auf Basis der Terminkurve eine leichte Aufwertung des Euro von 1,14 \$ je Euro 2020 auf 1,22 \$ 2025 erwartet.

Nach einem deutlichen Rohölpreisverfall im II. Quartal 2020 auf zeitweise unter 20 \$ je Barrel wird ein stetiger Anstieg auf 42 \$ im Jahresdurchschnitt 2020 und auf 51 \$ 2025 erwartet.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich – Hauptvariante

3.1 Außenwirtschaft

Die Exporte schwächten sich bereits 2019 im Einklang mit der Weltkonjunktur ab. Anfang 2020 zeichnete sich eine leichte Erholung ab, die von der COVID-19-Krise abrupt beendet wurde. Vor allem im II. Quartal 2020 brach die Ausfuhr massiv ein (nominelle Güterexporte April –23,7%, Mai –25,4% gegenüber dem Vorjahresmonat): Lieferengpässe im Bereich importierter Vorprodukte, aber auch gesundheitspolitische Maßnahmen schränkten im 1. Halbjahr die inländische Produktion ein. Zugleich mit diesen **angebotsseitigen Exporthemmnissen** blieb die **Auslandsnachfrage** teilweise aus. Darüber hinaus erschwerten **Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen** die Auslieferung der Exportgüter und die Dienstleistungsexporte.

Bereits im Juni (–4,7%) und Juli (–6,1%; jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat) war ein Turnaround zu beobachten, das Exportniveau war wieder deutlich höher als im April und Mai. Für die Exportwirtschaft relevante Vorlaufindikatoren (z. B. Lkw-Fahrleistung) weisen für August und September auf eine weitere Erholung im Güterhandel hin. Für die kommenden Monate signalisieren die Stimmungsindikatoren jedoch tendenziell eine Abschwächung des Aufholprozesses.

Die Warenexporte belebten sich zum einen durch Nachzieheffekte nach der Rücknahme der Einschränkungen für den internationalen Handel und zum anderen durch eine Erholung der weltweiten Nachfrage ab dem III. Quartal. 2021 sollten die Exporte von Waren im Einklang mit der Weltkonjunktur kräftig steigen (Rebound-Effekt); danach wird sich der Zuwachs stetig abschwächen. Im Warenaußenhandel ist 2020 mit Marktanteilsverlusten zu rechnen, die sich durch negative Waren- und Länderstruktureffekte ergeben: Die COVID-19-Rezession trifft zum einen einige der österreichischen Hauptmärkte (Frankreich, Italien) überdurchschnittlich, und zum anderen vor allem die für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, Investitionsgüter sowie Metallwaren.

Die sonstigen Dienstleistungsexporte sollten sich ähnlich wie die Warenexporte entwickeln, aber mit einer deutlich geringeren Amplitude der Veränderungsraten.

Für die **Reiseverkehrsexporte** wird im Jahr 2020 auf Basis der Annahmen zur Entwicklung auf den wichtigen europäischen Zielmärkten (Deutschland, Italien und Niederlande) sowie den Überseemärkten in den USA und Asien mit einem erheblichen Rückgang der Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste gerechnet. Nach dem Einbruch 2020 wird in der Hauptvariante der Prognose für 2021 eine Erholung erwartet, wenn Wintertourismus möglich ist (I. Quartal 2021 –25% gegenüber dem Vorjahr). Diese Entwicklung wird durch die Nachfrage aus Europa getragen (Anreise mit Auto oder Bahn), während die Nachfrage aus Übersee (Anreise mit dem Flugzeug) ganz ausfallen dürfte. Im II. Quartal 2021 wird im Vorjahresvergleich mit der Lockdown-Phase (Frühjahr 2020) der stärkste Zuwachs erwartet.

Im Städtetourismus wird die Schwächephase auch 2021 und möglicherweise in den Jahren danach anhalten. Der Messe- und Kongresstourismus sowie der Städte- und Shopping-Tourismus werden auch mittelfristig nicht mehr auf das Niveau der Vorkrisenjahre zurückkehren, ein Teil der Geschäftsreisen wird weiterhin durch Online-Meetings und Telefonkonferenzen ersetzt werden. Gedämpft wird die Nachfrage zudem durch das COVID-19-bedingt beeinträchtigte Urlaubserlebnis und etwaige Restriktionen (Quarantäne) bei der Rückreise. **Eine Strukturbereinigung dürfte daher in diesem Teilbereich des Tourismusangebotes** (Fluglinien, Hotels, Gastronomie) **unvermeidlich** sein.

Insgesamt werden die **Exporte (Waren- und Dienstleistungsexporte) 2020 um 12,4% unter dem Vorjahresniveau** bleiben. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollte sich 2021 ein Rebound-Effekt von einem sehr niedrigen Niveau aus einstellen (rund +6%). Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird mit Exportsteigerungen von rund 4% pro Jahr gerechnet. Wenn gleich die Wahrscheinlichkeit eines "Hard

Österreichs Warenexporte belebten sich bereits im III. Quartal 2020 wieder und unterstützen damit die Erholung der Gesamtwirtschaft.

Österreichs Reiseverkehr dürfte in den nächsten Jahren sowohl export- als auch importseitig unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie bleiben. Eine Strukturanpassung im Tourismussektor scheint damit unvermeidlich.

Brexit" immer größer wird, wird im Einklang mit der aktuellen WIFO-Konjunkturprognose (Schiman, 2020) als technische Annahme von keinen wesentlichen Störungen im bilateralen Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ausgegangen. Die direkten und indirekten Konsequenzen eines

Hard Brexit für die österreichische Exportwirtschaft werden zumindest mittel- bis langfristig durch eine erfolgreiche Handelsumlenkung und damit eine Zunahme des Handels mit den EU-Ländern und entsprechende Kompensation gering sein (Oberhofer – Pfaffermayr, 2018).

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,3	- 6,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3
Nominell	+ 3,1	+ 1,9	+ 3,9	- 5,0	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,8
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	- 0,9	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,4	- 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,0	4,8	4,6	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,8	8,5	8,0	9,8	8,8	8,3	7,8	7,7	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,1	3,2	3,2	2,6	3,0	3,0	3,1	3,3	3,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,2	- 2,6	- 9,4	- 4,7	- 3,4	- 2,3	- 1,6	- 1,0
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,6	- 2,0	- 2,5 ⁸⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 1,5	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,1	- 2,0	- 2,5 ⁸⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Staatsschuld	82,9	78,0	82,0	84,1	83,0	83,1	82,5	81,4	80,1
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,3	9,2	15,0	10,6	9,5	9,0	8,6	8,1
	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7 ¹⁰⁾	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	-
WIFO-Methode ⁹⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 0,8	- 0,2	- 0,9 ⁸⁾	- 5,2	- 1,8	- 1,2	- 0,6	± 0,0	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 5,6	- 2,5	- 1,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020. – 8) Ø 2021/2024. – 9) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – 10) Ø 2020/2024.

Die Importe von Waren und Dienstleistungen gingen im 1. Halbjahr 2020 ebenfalls stark zurück. Sie sollten aber im 2. Halbjahr 2020 im Einklang mit der erwarteten Exportentwicklung sowie der Ausweitung der Inlandsnachfrage kräftig steigen. Das Anziehen der Inlandsnachfrage im Laufe des Jahres 2021 dürfte die Einfuhr insbesondere von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern beleben.

Die **Reiseverkehrsimporte** werden sich in den nächsten Jahren parallel zu den Reiseverkehrsexporten entwickeln: Geschäftsreisen dürften nachhaltig eingeschränkt bleiben und teilweise durch digital abgehaltene Videokonferenzen ersetzt werden. Urlaubsferienreisen (insbesondere Flugferienreisen) werden durch Urlaube im Inland oder im benachbarten Ausland (Mittelmeerküste in Italien und Kroatien) ersetzt. Die Verschiebung von Urlaubsreisen der Österreicherinnen und

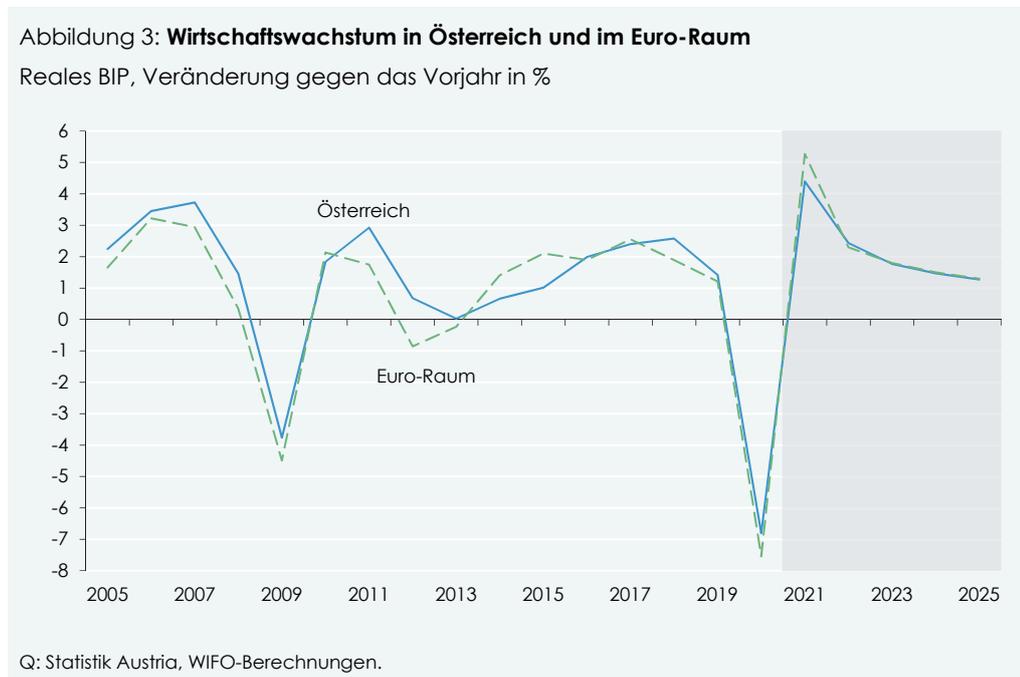
Österreicher vom Ausland ins Inland dürfte kaum den Städten zugutekommen, sondern sich – wie schon im Sommer 2020 – auf die Berg- und Seenregionen konzentrieren. Da Urlaubsferienreisen überwiegend über die Reiseveranstaltungsbranche gebucht wurden, ist für diese wie auch für Flugbuchungen mittelfristig mit einer schwachen Nachfrage zu rechnen, sodass auch in diesen Branchen Struktur Anpassungen wahrscheinlich sind.

Als Folge der Rezession wird das **Gesamtimportvolumen 2020** um knapp **10,6% schrumpfen** und 2021 mit +5,6% zwar deutlich zunehmen, aber noch weit unter dem Vorkrisenniveau bleiben. Bis 2025 wird in der Folge ein Importzuwachs von knapp 4% p. a. erwartet. Die Nettoexporte liefern damit einen positiven Wachstumsbeitrag, wenngleich dieser geringer als in der Vergangenheit ausfällt.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 0,3	+ 2,4	- 6,8	+ 5,5	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2
Staat	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen									
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,8	- 7,9	+ 4,7	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,6
Bauten	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,8	- 2,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,1	- 5,7	+ 4,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2
Exporte	+ 2,8	+ 0,6	+ 4,3	-12,4	+ 6,1	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,1
Importe	+ 2,8	+ 1,0	+ 4,1	-10,6	+ 5,6	+ 4,6	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,3	- 6,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.



Der Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen 2020 und die mäßige Erholung in den Folgejahren haben einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionsquote zur Folge, der erst 2023/24 wieder ausgeglichen wird.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben den größten Konsumentfall seit Jahrzehnten zur Folge. Betroffen sind vor allem Dienstleistungen, halbdauerhafte (z. B. Bekleidung) und langlebige Konsumgüter (z. B. Kfz). Die Ausgaben für Waren des täglichen Bedarfs steigen hingegen.

Die Sparquote erhöht sich im Jahr 2020 deutlich auf 15,0%.

3.2 Investitionen

Die Verwerfungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie haben 2020 einen starken Rückgang der Investitionen zur Folge. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen werden 2020 angesichts des **Einbruchs der Wertschöpfung und der hohen Unsicherheit** gekürzt. Dabei spielen sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Hemmnisse eine Rolle. Erstere sind geprägt von der Störung der Lieferketten und der behördlich angeordneten Produktionsunterbrechung. Sie wirkten in erster Linie im Frühjahr 2020. Nachfrageseitige Investitionshemmnisse hatten wesentlich stärkere Effekte, zum einen weil die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie die Investitionsbereitschaft anhaltend einschränkt, zum anderen aufgrund des Ausfalls von Aufträgen und der schwachen Ertragslage. In diesem Umfeld wird **2020 ein Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Investitionen, vor allem in geistiges Eigentum) **um 7,9%** erwartet.

Trotz einer Erholung der Wirtschaftsleistung 2021 wird eine nur mäßige Erholung der Ausrüstungsinvestitionen erwartet (+4,3%; Übersicht 3). Dabei wird auch ein **leichter investitionserhöhender bzw. Vorzieheffekt der Investitionsprämie unterstellt** (Baumgartner – Bierbaumer-Polly et al., 2020, Kapitel 5.3 und 9.3). Die Ausrüstungsinvestitionsquote steigt somit zwar stetig, erreicht ihr Vorkrisenniveau jedoch erst im Laufe der Jahre 2023/24.

Die **Bauinvestitionen** werden 2020 weniger massiv gekürzt als die Ausrüstungsinvestitionen. Große Einbußen sind vor allem im Gewerbebau zu beobachten, sie spiegeln die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wider. Die **öffentliche Baunachfrage sollte von der Rezession weniger betroffen** sein, da sie mittel- bis längerfristigen Investitionsplänen folgt. Die Nachfrage nach Wohnraum dürfte insbesondere in den Städten und stadtnahen Bereichen weiterhin groß sein. Insgesamt wird 2020 mit einer **Abnahme der gesamten Bauinvestitionen um 2,8%** und einer kräftigen Erholung 2021 (knapp +2,5%) gerechnet. In den Folgejahren sollten sich die Zuwachsraten abschwächen und bei durchschnittlich knapp +1,4% stabilisieren.

3.3 Privater Konsum

Der Konsum der privaten Haushalte erleidet 2020 einen ungewöhnlich starken negativen Schock. Dieser setzt sich einerseits aus einem **negativen Angebotsschock** (temporäre Schließung der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe – **Zwangssparen**) und andererseits einem **negativen Konsumnachfrageschock** zusammen, der in der hohen Unsicherheit der Haushalte (vermehrtes **Vorsichtssparen**) nicht zuletzt aufgrund der

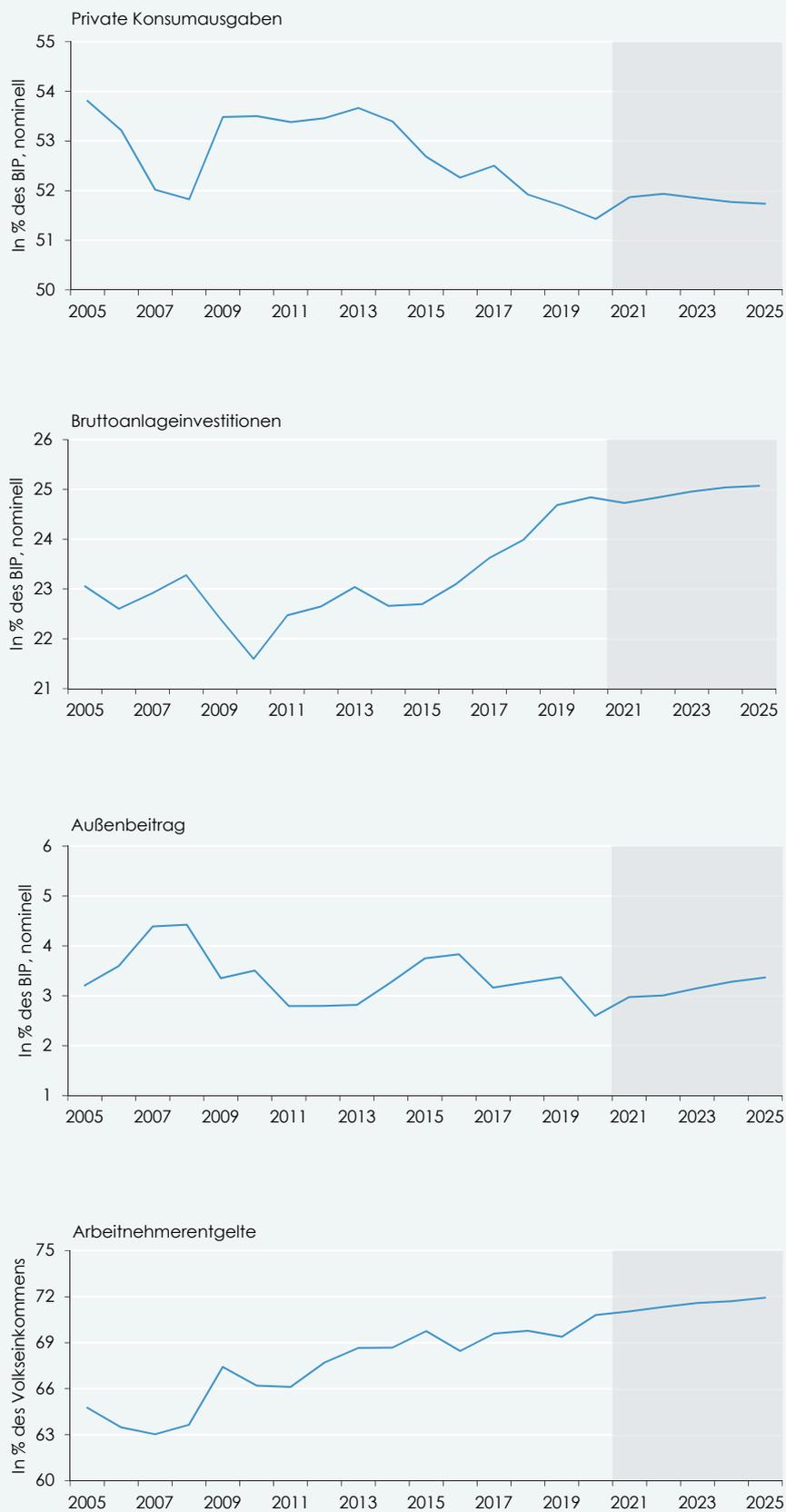
prekären Arbeitsmarktsituation begründet ist. Die Ausgaben der privaten Haushalte bleiben dadurch 2020 weit unter dem Vorjahresniveau (-6,8%). Obwohl sich der Konsumrückstau im III. Quartal 2020 teilweise auflöste, **erholt sich der private Konsum aufgrund des vermehrten Vorsichtssparens nicht so rasch, wie es die Einkommensentwicklung zulassen würde**. Die Sparneigung wird daher auch mittelfristig überdurchschnittlich hoch bleiben.

In den weiteren Prognosejahren wird die Konsumdynamik wieder vermehrt von der Entwicklung des verfügbaren Haushaltseinkommens sowie der schrittweisen Zunahme der Konsumneigung hin zum Vorkrisenniveau bestimmt sein. Das WIFO rechnet mit einem durchschnittlichen jährlichen realen Konsumzuwachs von knapp 2½%. Die **Kurzarbeitsbeihilfe und andere die Haushaltseinkommen unterstützende Maßnahmen** (einmaliger Zuschuss zur Arbeitslosenunterstützung, Kinderbonus, Senkung des Eingangsteuersatzes der Einkommensteuer) tragen vor allem im Jahr 2020 zu einer Stabilisierung der Einkommen bei, sodass wegen des erzwungenen Konsumverzichtes bzw. der Konsumzurückhaltung aus dem Vorsichtsmotiv die Sparneigung deutlich auf 15,0% zunimmt. Trotz unterstellter Nachholeffekte im Verbrauch dauerhafter Konsumgüter bleibt die Konsumnachfrage auch in diesem Bereich, aber vor allem für Dienstleistungen (private persönliche Dienstleistungen, Reisen und Freizeit) und für halbdauerhafte Güter (Bekleidung) schwach. Auch 2021 wird deshalb die Sparquote mit 10,6% überdurchschnittlich hoch sein. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird sich die Konsumneigung wieder normalisieren und die Sparquote weiter auf das Vorkrisenniveau zurückgehen.

3.4 Trendoutput und Output Gap

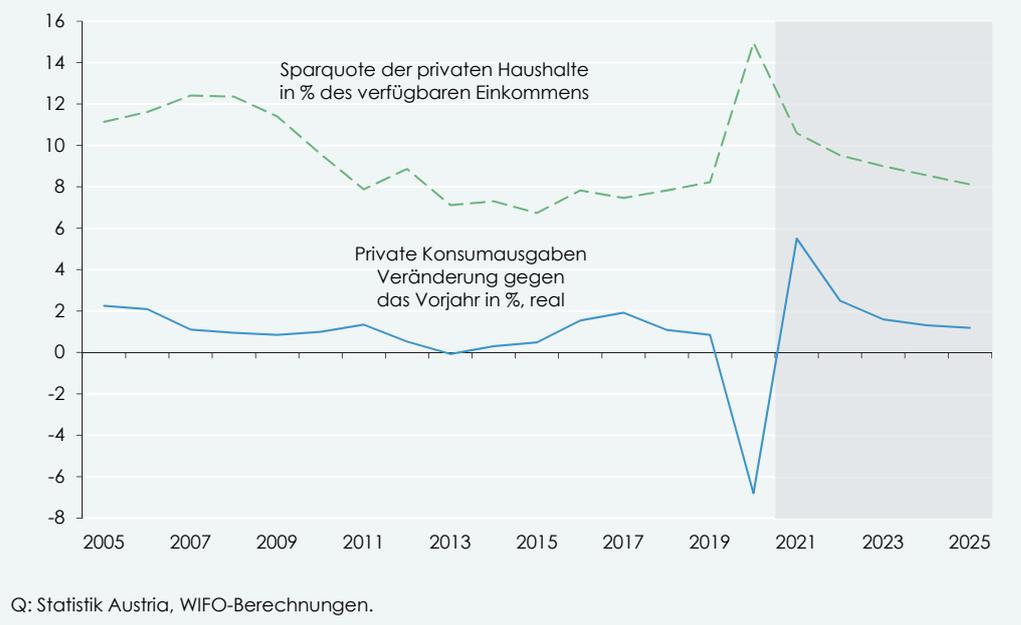
Der Potential- oder Trendoutput beschreibt den langfristigen Wachstumspfad einer Volkswirtschaft. Die Outputlücke vergleicht die aktuelle Konjunkturlage mit dem Wachstumspfad und zeigt zu jedem Zeitpunkt den Konjunkturzyklus an. Die Bewertung der aktuellen Konjunkturlage fließt in die Erstellung einer Prognose ein. Darüber hinaus wird dieses Konzept von der Europäischen Kommission zur Einschätzung der europäischen Wirtschaftspolitik angewandt. Ein Vergleich der Outputlücke mit der Veränderung des primären Finanzierungssaldos zeigt, ob der Staat einen pro- oder antizyklischen fiskalpolitischen Kurs einschlägt. Ziel einer antizyklischen Fiskalpolitik ist es, die Auswirkungen des Konjunkturkreislaufes auf die Einkommen abzuschwächen. Der mittelfristige Haushaltsrahmen strebt einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Finanzierungssaldo an, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.

Abbildung 4: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit Hilfe eines Produktionsfunktionsansatzes (Havik et al., 2014). Der ökonomische Ansatz beruht auf einem theoretischen Modell, welches den Zusammenhang zwischen dem BIP und den wichtigsten Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit sowie dem technologischen Fortschritt (Gesamtfaktorproduktivität – TFP) beschreibt. Der Trendoutput ist eine nicht beobachtbare Größe, deren Berechnung durch die Wahl der Methode und einzelner Parameter beeinflusst wird. Die konzeptuelle und technische Arbeit zur Umsetzung des Produktionsfunktionsansatzes der Europäischen Kommission wird durch die Output Gaps Working Group unter Einbeziehung der Expertise aus allen EU-Mitgliedsländern vorangetrieben.

Gemäß der Methode der Europäischen Kommission ist die Outputlücke über den Konjunkturzyklus im Durchschnitt nahe Null. Eine negative Outputlücke deutet auf eine gesamtwirtschaftliche Unterauslastung der Produktionsfaktoren aufgrund einer schwachen aggregierten Nachfrage und auf einen abnehmenden Inflationsdruck hin. Gegenwärtig ist die Outputlücke deutlich negativ. Die Methode der Europäischen Kommission geht von einer Schließung der Outputlücke am Ende des Prognosezeitraumes und einer Annäherung der Arbeitslosenquote an die NAWRU (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment) aus. Die NAWRU wird durch Strukturfaktoren und persistente Konjunkturfaktoren bestimmt und ist jene Arbeitslosenquote, die mit einer konstanten Lohninflation vereinbar ist (Hristov et al., 2017).

In der Methode der Europäischen Kommission wird der Wachstumstrend überwiegend

durch die demographische Entwicklung, Strukturfaktoren auf dem Arbeitsmarkt, die Investitionstätigkeit und den technischen Fortschritt bestimmt. Die direkten Auswirkungen der COVID-19-Rezession zeigen sich auf der Angebotsseite in Form einer deutlichen Unterauslastung der wichtigsten Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – und auf der Nachfrageseite durch eine erhebliche Einschränkung des privaten Konsums, der Investitionen und der Exporte. Schätzungen des Produktionspotentials sind in Krisenzeiten besonders unsicher. Dies gilt umso mehr während der aktuellen Pandemie, da die Schwere und Dauer der Rezession und damit der Beginn einer Erholung von nichtkonjunkturellen Faktoren abhängen. Hinzu kommen die konzeptionelle und technische Herausforderung, kurzfristige Auswirkungen einer tiefen Rezession von ihren längerfristigen Folgen zu trennen. Dies betrifft insbesondere die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Produktivität. Die dritte Unsicherheitsquelle bezieht sich auf die Verwendung von kurzfristigen Prognosen als Input für die Schätzung des Trendoutputs, wie es die Methode der Europäischen Kommission vorsieht, da solche Prognosen in Krisenzeiten selbst höchst unsicher sind.

Die **mittel- bis langfristigen Folgen** der **COVID-19-Rezession** hängen von den Arbeitsmarktbedingungen, der Liquidität der Unternehmen und der Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik zur Abfederung der Auswirkungen der Rezession ab. Trotz einer Ausweitung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik (COVID-Arbeitsstiftung) drohen mit zunehmender Dauer der Krise durch anhaltende Erwerbslosigkeit steigende **Verluste an Humankapital** (Dequalifikation durch Langzeitarbeitslosigkeit). Obwohl durch staatliche

Mittelfristig schwächt die COVID-19-Krise die Investitions- und Innovationsfähigkeit und bringt Humankapitalverluste mit sich (Dequalifikation durch anhaltende Erwerbslosigkeit), das Trendwachstum verlangsamt sich.

Garantien und Unterstützungsprogramme (u. a. Härtefallfonds, Fixkostenzuschuss, Stundungen) Liquiditätsgaps zu einem großen Teil vermieden werden können, ist ab 2021 ein Anstieg der Zahl der **Insolvenzen** zu erwarten; jene Unternehmen, die die Krise überstehen werden, werden wahrscheinlich eine deutlich **schwächere Selbstfinanzierungskraft** aufweisen. Diese Entwicklungen **bremsen die Innovations- und Investitionstätigkeit und damit die Produktivitätsgewinne und Kapitalakkumulation**, die tragenden Faktoren für das Trendwachstum. Das kommt zu einer allgemeinen Verlangsamung des Produktivitätswachstums hinzu, die in den Industrieländern seit den 2000er-Jahren zu beobachten ist (Dieppe, 2020). Zusätzlich ist vom Labour-Hoarding-Effekt der Kurzarbeit und des erzwungenen Home-Office unter den COVID-19-Bedingungen zu mindest für die Jahre 2020 und 2021 ein negativer Produktivitätseffekt zu erwarten (Bloom, 2020, Bloom et al., 2015), der von der verstärkt digitalen Kommunikation nicht ausgeglichen wird.

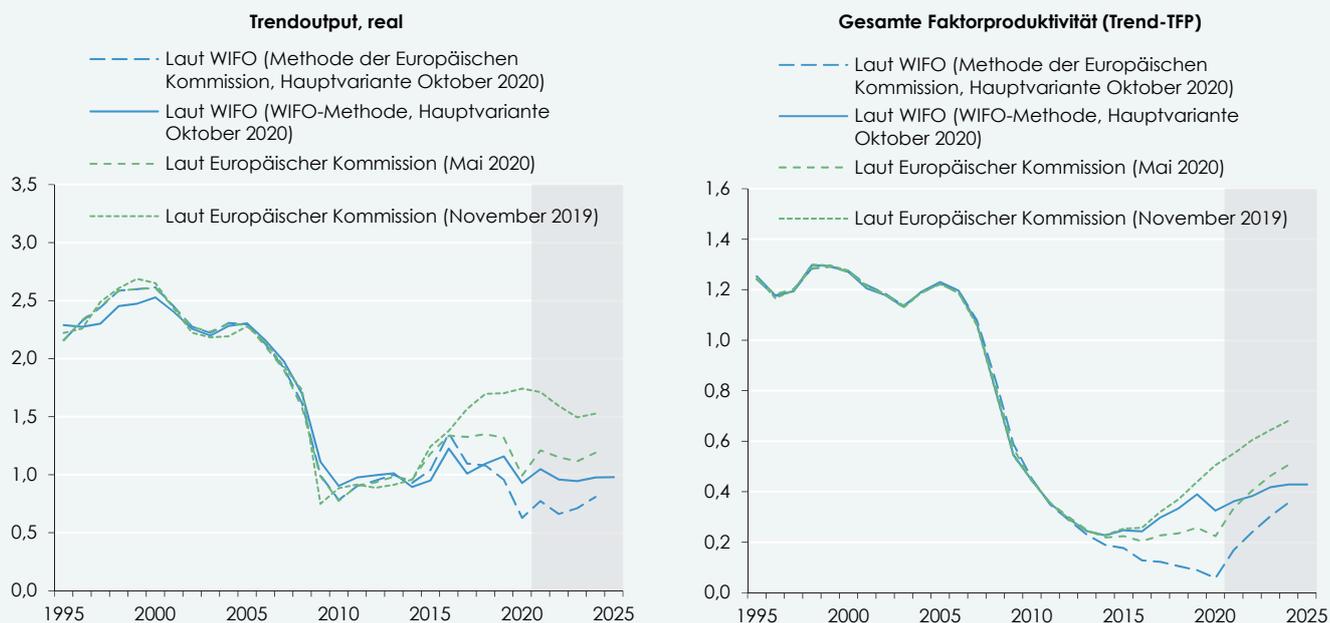
In der Frühjahrsprognose 2020 der Europäischen Kommission wurde die Schätzung des Trendwachstums für Österreich für die Periode 2020/2024 von durchschnittlich 1,6% auf 1,1% revidiert. Die Prognose für das TFP-Wachstum wurde dabei von 0,6% auf 0,4% gesenkt (Abbildung 6). Der Hauptgrund für

diese Abwärtsrevision zwischen Herbst 2019 und Frühjahr 2020 ist die COVID-19-Rezession, die sich in einem starken Rückgang des realen BIP, der Investitionen und der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden manifestiert. Allerdings veränderte sich dadurch auch die Einschätzung der Konjunkturlage in den Jahren vor der Krise erheblich: So fiel die Einschätzung der Konjunktur 2018/19 mit einer Outputlücke von 1,5% des Trendoutputs 2018 bzw. 1,7% 2019 in der Frühjahrsprognose 2020 allzu optimistisch aus (Herbstprognose 2019: 0,9% bzw. 0,8%).

Die Ergebnisse der WIFO-Schätzung laut Methode der Europäischen Kommission basieren auf historischen Daten bis 2019 und der aktuellen kurzfristigen WIFO-Prognose bis 2021 (Abbildung 7). Die Schätzung auf Basis der aktuellen WIFO-Prognose würde eine noch höhere Outputlücke für die Vorkrisenjahre ergeben: Die aktuelle Outputlücke laut Methode der Europäischen Kommission für 2018/19 liegt nahe den bisherigen Höchstwerten (Abbildung 7). Der Schätzung auf Basis der aktuellen kurzfristigen WIFO-Prognose liegt eine noch pessimistischere Einschätzung des TFP-Wachstums zugrunde, wonach das Trendwachstum 2021/2024 um 0,5 Prozentpunkte niedriger ist als in der Schätzung der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2020 (Abbildung 6).

Abbildung 6: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

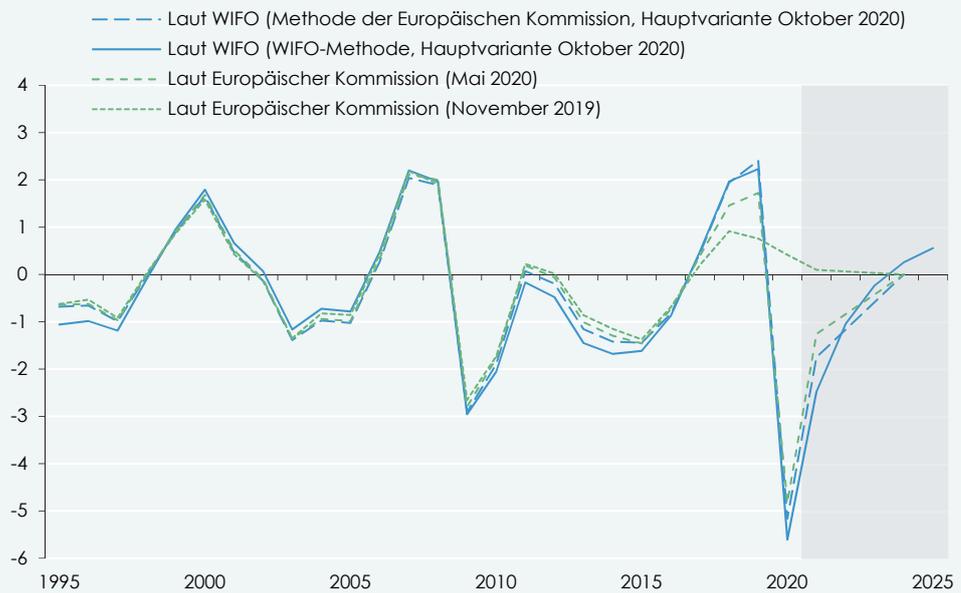
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020.

Abbildung 7: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020.

Übersicht 4: **Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs – Hauptvariante**

		Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Methode der Europäischen Kommission¹⁾										
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,1 ²⁾	- 6,8	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7 ²⁾	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0 ²⁾	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5 ²⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3 ²⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	- 0,2	- 0,9 ²⁾	- 5,2	- 1,8	- 1,2	- 0,6	± 0,0	-
WIFO-Methode³⁾										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,3	- 6,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 5,6	- 2,5	- 1,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2020)										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,4 ²⁾	- 5,5	+ 5,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2 ²⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2 ²⁾	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5 ²⁾	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4 ²⁾	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,7	- 0,4	- 0,6 ²⁾	- 4,8	- 1,3	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020. – ²⁾ Ø 2021/2024. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Ein Teil des Rückganges des TFP-Wachstums laut Methode der Europäischen Kommission könnte auf eine unzureichende Konjunktur-

bereinigung der TFP zurückzuführen sein. Dieses Problem kann beim Produktionsfunktionsansatz volatile und prozyklische Trend-

Schätzungen bewirken (Cotis – Elmeskov – Mourougane, 2005, Maidorn, 2018, EU IFIs, 2018). Eine tiefe Rezession verschärft das Problem der übermäßigen Prozyklichkeit in der Trendschätzung. Aus diesem Grund legt das WIFO eine alternative Schätzung vor, in der die Erwerbsquote und die Arbeitsstunden der Beschäftigten pro Kopf stärker geglättet werden als in der Variante der Europäischen Kommission. Zusätzlich wird eine weniger deutliche Verlangsamung des TFP-Wachstums infolge der COVID-19-Rezession unterstellt. Diese Annahmen resultieren in einer geringeren Revision des Trendwachstums als in der WIFO-Schätzung laut Methode der Europäischen Kommission. Laut **WIFO-Variante** erreicht das durchschnittliche jährliche **Wachstum des Trendoutputs 2021/2025 1,0%**. Eine Zerlegung dieses Trendwachstums in die Beiträge von Kapital, Arbeit und Produktivität zeigt keinen wesentlichen Beitrag des Produktionsfaktors Arbeit, was die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge der COVID-19-Rezession widerspiegelt. Im Jahr **2020 beträgt die Outputlücke –5,6%** des Trendoutputs (laut Methode der Europäischen Kommission –5,2%). Im Gegensatz zur Variante der Kommission errechnet das WIFO die Outputlücke als Abweichung des prognostizierten BIP-Niveaus vom geschätzten Trendoutput, ohne eine Schließung der Outputlücke am Ende des Prognosezeitraumes zu erzwingen. Eine sich endogen ergebende **Outputlücke bleibt infolge der aktuellen Rezession bis 2023 negativ** und dreht danach in den positiven Bereich; sie erreicht im Jahr 2025 0,6% des Trendoutputs.

3.5 Arbeitsmarkt

Die **gesundheitpolitischen Maßnahmen** der Bundesregierung zur Eindämmung der **COVID-19-Pandemie verursachten ab Mitte März einen massiven Beschäftigungsrückgang (–188.905 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse** gegenüber dem Vorjahr Ende April). Die **COVID-19-Kurzarbeit verhinderte einen noch stärkeren Beschäftigungsabbau**. Die Arbeitslosigkeit stieg auf ein Rekordniveau von 571.477 Personen (einschließlich Personen in Schulung, Ende April 2020; gegenüber dem Vorjahr +210.275). Berücksichtigt man zusätzlich auch jene Beschäftigungsverhältnisse, die durch Kurzarbeit (zumindest temporär) gesichert wurden (für 1,15 Mio. Beschäftigte hatte das AMS Kurzarbeit Anfang Mai bereits genehmigt), dann waren zum Höhepunkt der Krise rund 40% der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse in der Gesamtwirtschaft (in unterschiedlichem Ausmaß) direkt von der COVID-19-Krise betroffen (Bock-Schappelwein et al., 2020).

Der für 2021 unterstellte Konjunkturverlauf geht von einem kräftigen Rebound-Effekt aus, wodurch in weiterer Folge mit einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen ist. Der vorliegenden Prognose liegt auch die

Annahme zugrunde, dass die Reisewarnungen spätestens Ende 2020 aufgehoben werden und die Wintertourismussaison unter COVID-19-Regeln ablaufen kann. Dennoch werden die Nächtigungszahlen im Frühjahr 2021 um ein Viertel unter den Vorkrisenwerten liegen, was sich ebenfalls in einer niedrigeren Beschäftigung niederschlagen wird. Für das II. Quartal 2021 wird für die Tourismusbeschäftigung ein Rebound-Effekt gegenüber der Lockdown-Periode im Jahr zuvor erwartet, danach ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Bei einem BIP-Wachstum von 4,4% im Jahr 2021 wird das Arbeitsvolumen um 4,1% zunehmen. Somit wird durch die Rückführung des Labour Hoarding im Zuge der Kurzarbeit ein Anstieg der Stundenproduktivität erwartet. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich lediglich um 1,3%, da der Großteil der Steigerung der Arbeitskräfte nachfrage über eine Ausweitung der geleisteten Arbeitszeit pro Kopf erfolgt – d. h. von Beschäftigten, die 2020 noch in Kurzarbeit waren. In der **Periode 2021/2025** wird das Wachstum der Wirtschaftsaktivität (+2¼% p. a.) voraussichtlich eine **Ausweitung der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um durchschnittlich 1,4% pro Jahr ermöglichen**.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft ab 2022 um durchschnittlich 0,2% pro Jahr. Der erwartete **Anstieg des Arbeitskräfteangebotes** in diesem Zeitraum um **durchschnittlich 0,8% pro Jahr** (+35.500 Personen p. a.) resultiert zum einen aus der weiteren Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters) und zum anderen aus einer Steigerung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung vergrößert sich dadurch auf knapp 26% im Jahr 2025.

2020 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten überdurchschnittlich sinken (–6,9%). Der Einbruch der Nachfrage in dieser Beschäftigungsform ist einerseits auf die Konzentration auf Branchen zurückzuführen, die von der COVID-19-Krise besonders betroffen sind: 2019 war ein Drittel aller geringfügig Beschäftigten im Handel, im Beherbergungs- und Gaststättenwesen tätig (Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020). Andererseits kann für geringfügig Beschäftigte keine COVID-19-Kurzarbeit beantragt werden. 2021 sollte sich dieses Beschäftigungssegment erholen; über den gesamten Prognosezeitraum wird von einem durchschnittlichen Anstieg um 1,5% p. a. ausgegangen.

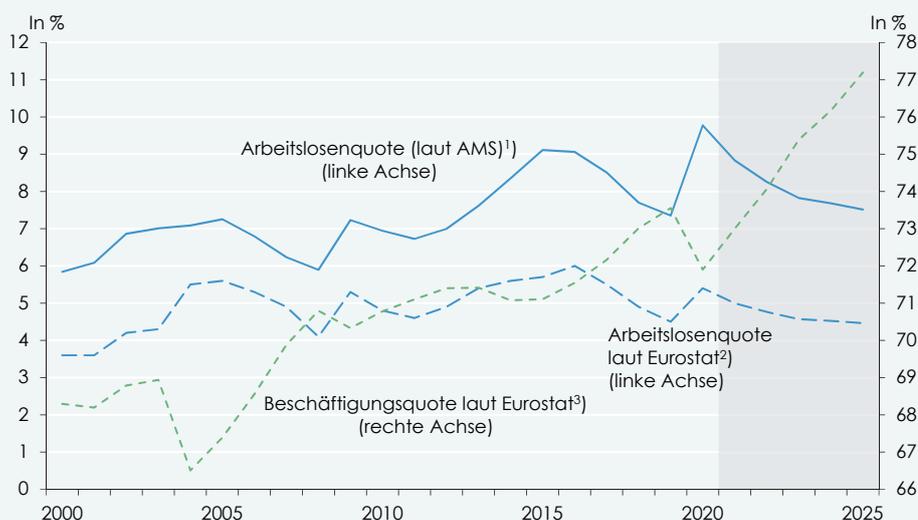
Das WIFO prognostiziert zwar einen Rückgang der Arbeitslosenzahl 2021 um knapp 9½%, sie wird aber noch um mehr als 20% über dem Niveau von 2019 liegen. Ein-

Bedingt durch die COVID-19-Krise wird die Arbeitslosenquote 2020 (laut AMS-Definition) auf 9¾% stark steigen und die Beschäftigung um 1,9% zurückgehen. Nach einem Rebound-Effekt 2021 und einer leichten, aber stetigen weiteren Erholung der Wirtschaftstätigkeit wird 2025 eine Arbeitslosenquote auf dem Vorkrisenniveau erwartet (7½%).

schließlich der Personen in Schulungen dürfte die so erweiterte Arbeitslosigkeit 2021 um 4¼% sinken, da mit der COVID-19-Arbeitsstiftung dem AMS zusätzlich 700 Mio. € für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Bis 2025 wird mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 323.000 gerechnet; sie ist dann noch immer um 22.000 Personen höher als 2019. Damit wird nach einem

Anstieg der Arbeitslosenquote der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) auf 9,8% im Jahr 2020 bis zum Ende der Prognoseperiode eine Verringerung auf das Vorkrisenniveau (7½%) prognostiziert. Im Durchschnitt des Prognosezeitraumes liegt die Arbeitslosenquote bei 8% (nationale Definition) bzw. 4,7% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition).

Abbildung 8: **Entwicklung des Arbeitsmarktes**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey. – ³⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Übersicht 5: **Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise – Hauptvariante**

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,0	4,8	4,6	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,8	8,5	8,0	9,8	8,8	8,3	7,8	7,7	7,5
	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,4	- 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1
Selbständige ⁵⁾	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,5	- 1,5	- 0,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
Arbeitslose	+ 7,2	+ 2,6	- 4,3	+ 33,9	- 9,4	- 5,4	- 4,3	- 0,9	- 1,3
Produktivität ⁶⁾	+ 0,1	- 0,5	+ 1,0	- 4,7	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	- 0,9	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real ⁸⁾	- 0,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,2	+ 6,3	- 1,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,7
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

3.6 Inflation und Löhne

Der **deutliche Einbruch der Konsumnachfrage im 1. Halbjahr hatte keine Verlangsamung des Preisauftriebes laut VPI ohne Energie zur Folge**. Im II. Quartal flachte die Inflation ab, weil Treibstoffe billiger wurden: Neben der temporären Angebotsausweitung löste vor allem der massive Nachfragerückgang im Gefolge von Lockdown und Rezession einen Verfall der Rohölnotierungen aus (Kapitel 2.3). Auf der Basis der Futures-Notierungen für Rohöl (Brent) wird noch bis ins I. Quartal 2021 mit einem negativen Inflationsbeitrag der Treibstoffe gerechnet. Danach wird der Rohölpreis mit der Überwindung der Rezession weiterhin mäßig steigen (Sorte Brent: von 42 \$ je Barrel 2020 auf 51 \$ 2025).

Die **Reallöhne werden 2021 rezessionsbedingt stagnieren**. Über den gesamten Prognosezeitraum 2021/2025 wird ein durchschnittlicher jährlicher Nominallohnzuwachs pro Kopf von 2% prognostiziert. Nicht zuletzt wegen der nachhaltig angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wird der Anstieg der Bruttoreallöhne pro Kopf in der Gesamtwirtschaft (+0,4% p. a.) weiter hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleiben. Die Lohnkosten sollten damit keinen inflationstreibenden Effekt entfalten. Für die Periode **2021/2025** wird mit einem **Preisanstieg gemäß VPI bzw. laut BIP-Deflator von durchschnittlich 1,6% pro Jahr** gerechnet. Österreich wird also trotz der expansiven Geldpolitik der EZB den Zielbereich für die Inflationsrate unterschreiten.

Seit Juli 2020 nimmt der Inflationsabstand zwischen Österreich und dem Durchschnitt des Euro-Raumes bzw. Deutschland wieder deutlich zu: Dies ist in erster Linie auf die temporäre **Senkung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland** zurückzuführen (von 1. Juli bis 31. Dezember 2020), die den Preisauftrieb seit Juli dämpft. Diese Maßnahme wurde in Deutschland **mit dem Ziel** eingeführt, den Preisauftrieb zu drosseln und so **die allgemeine Kaufkraft zu heben**. Zusätzlich sollen Vorziehkäufe die Konsumnachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2020 stützen. In **Österreich** wurde der Mehrwertsteuersatz zwar ebenfalls **für ausgewählte**, von der COVID-19-Krise besonders betroffene **Sektoren** gesenkt (Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungswesen, Buchhandlungen), aber **mit dem Ziel der Stärkung der Liquidität und Solvenz der Unternehmen**. Somit waren in den begünstigten Bereichen keine Preissenkungen intendiert, und sie sind bisher in der Preisstatistik auch nicht zu beobachten. Als Konsequenz erhöhte sich der Inflationsunterschied zu Deutschland im III. Quartal 2020 auf +1,7 Prozentpunkte (1. Halbjahr 2020: +0,4 Prozentpunkte). Besonders auffällig sind dabei die ausgewiesenen Preisveränderungen in der Position Beherbergung und Pauschalreisen: Waren die Preise dieser Dienst-

leistungen im III. Quartal in Deutschland um 1,7% und im Durchschnitt des Euro-Raumes um 3,2% niedriger als im Vorjahr, so waren sie in Österreich um 3,6% höher.

Mit dem Auslaufen der Mehrwertsteuersenkungen sollte sich der Inflationsabstand wieder verringern. Da der Preisdruck im Dienstleistungsbereich in Österreich aber höher ist, wird weiterhin ein Inflationsvorsprung bestehen.

3.7 Öffentlicher Sektor

Die vorteilhafte Budgetausgangslage 2019, mit einem positiven Finanzierungssaldo des Gesamtstaates von 0,7% des BIP und weiterhin niedrigen Zinssätzen, ermöglichte der Bundesregierung umfangreiche, defizitfinanzierte **Maßnahmenpakete zur ökonomischen Abfederung der Krise** und zur Unterstützung des Hochfahrens der Wirtschaft. Flankiert von kleineren Programmen der Bundesländer, Wiens und größerer Gemeinden wurde eine Mischung aus Kredithaftungen, Steuerherabsetzungen und -stundungen, Transferzahlungen, Investitionsprämien und öffentlichen Investitionen gewählt, die auch über die Jahre 2020 und 2021 hinaus gesamtwirtschaftliche Wirkungen entfalten und kurzfristige wirtschaftliche Impulse mit längerfristigen strukturellen Zielen verbinden soll. Freilich kann das budgetwirksame Gesamtvolumen der Rettungs-, Stützungs- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen, die sich Regierungsangaben zufolge auf 50 Mrd. € summieren, nicht präzise abgeschätzt werden – zum Teil weil die Maßnahmen stets aufs Neue adaptiert werden.

Der Budgetvollzug 2020 ist maßgeblich durch die Maßnahmen zur Bekämpfung und Abfederung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie beeinflusst, die sich sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte niederschlagen. Erhebliche Einnahmeherausfälle sind durch die Herabsetzung der Vorauszahlungen in der Einkommen- und der Körperschaftsteuer sowie umfangreiche Abgabenstundungen, insbesondere der Umsatzsteuerschuld, zu erwarten. Ungewissheiten bestehen hinsichtlich der Quantifizierung der "automatischen" Wirkungen der Entwicklung von Einkommen, Konsum und Beschäftigung auf staatliche Einnahmen und Ausgaben. Das betrifft sowohl die Prognose von Verlauf und Stärke des Einbruchs 2020 und der (erwarteten) Konjunkturerholung 2021 als auch die Frage, ob die für eine Schätzung in "normalen Zeiten" errechneten makroökonomischen Abgabeneelastizitäten anwendbar sind. Die Schätzung der von 2020 bis 2025 kumulierten **Abgabenausfälle** in der Einkommen- und der Körperschaftsteuer durch Verlustrücktrag (4,2 Mrd. €) und beschleunigte Abschreibung (1,3 Mrd. €) sind ebenfalls mit großen Unsicherheiten verbunden. Weitere steuerliche Maßnahmen, wie die rückwir-

Der bereits große positive Inflationsabstand zu Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes nahm in der zweiten Jahreshälfte 2020 infolge der allgemeinen Mehrwertsteuersenkung in Deutschland beträchtlich zu.

Die Einnahmenquote sinkt infolge der COVID-19-Krise von 49,1% des BIP (2019) auf 47,6% (2020 und 2021) und steigt mit der Konjunkturerholung und aufgrund der Steuerprogression bis 2025 allmählich wieder auf 48,7% des BIP.

Die Ausgabenquote erreicht 2020 57%. Da der Großteil der Unterstützungsmaßnahmen eine nur temporäre Ausgabenausweitung vorsieht, geht die Quote bis 2025 wieder auf 50% zurück.

Aufgrund der COVID-19-Krise ergibt sich infolge von Einnahmenschwächen und fiskalpolitischen Maßnahmen über den gesamten Prognosezeitraum ein negativer Finanzierungssaldo (2020 -9,4%, 2021 -4,7% des BIP), die Verschuldung der öffentlichen Hand wird deutlich auf über 84% des BIP ausgeweitet.

kend auf Jahresbeginn 2020 vorgezogene Senkung des Einkommenssteuersatzes der Lohn- und Einkommensteuer (1,3 Mrd. €) oder die ursprünglich auf das 2. Halbjahr 2020 begrenzte Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und im Kultursektor (0,9 Mrd. €; eine Verlängerung bis Ende 2021 ist geplant) tragen 2020 und in den kommenden Jahren ebenfalls zu den Einnahmenschwächen bei.

Insgesamt erwartet das WIFO im Jahr 2020 einen **Rückgang der gesamtstaatlichen Einnahmen** (gemäß ESVG 2010) **um 7,9%** gegenüber dem Vorjahr und einen kräftigen Rebound von +6,1% im Jahr 2021, welcher der Konjunkturerholung folgt. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 sollte sich der Aufholprozess etwas abschwächen. Die prognostizierte Einnahmenquote sinkt von 49,1% des BIP (2019) auf 47,6% (2020 und 2021) und steigt (nicht zuletzt durch die Steuerprogression) allmählich bis 2025 wieder auf 48,7% des BIP.

Die Budgeteffekte der umfangreichen Hilfspakete auf der **Ausgabenseite** hängen wesentlich von der **administrativen Umsetzung und der Inanspruchnahme** und Ausschöpfung durch die Betroffenen ab. Die Investitionsprämie wird offenbar sehr gut angenommen; insgesamt sind in der Prognose 2,3 Mrd. € kalkuliert, im Staatshaushalt dürfte sie vorwiegend in den Jahren 2021 und 2022 wirksam werden. Die Umsetzung der avisierten öffentlichen Investitionsprojekte in den Bereichen Schulen, Klimaschutz, öffentlicher Verkehr und Digitalisierung wird sich voraussichtlich erst nach 2020 in den öffentlichen Haushalten stärker auswirken. Hinzu kommen 2020 außerordentliche Einmalzahlungen (Kinderbonus, Arbeitslosenunterstützungen) von 0,8 Mrd. € und erst ab 2021 anfallende Zusatzausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen (0,7 Mrd. €) oder die überdurchschnittliche Pensionsanpassung für 2021.

Für den Staatshaushalt besonders relevant sind die in der VGR-Rechnung als Subventionen gebuchten **Kurzarbeitsbeihilfen**. Sie trugen ohne Zweifel zur Beschäftigungsstabilisierung in vielen Unternehmen bei und stützten damit die Haushaltseinkommen. Unter den Annahmen der Hauptvariante der WIFO-Prognose dürfte der Budgetrahmen von 12 Mrd. € nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die Prognose geht für 2020 mit Zuschüssen für Kurzarbeit von 7,8 Mrd. € und für 2021 von rund 0,5 Mrd. € aus. Zugleich werden dadurch die Lohnsteuer- und Sozialbeitragsentlastungen etwas stabilisiert. Auch die Obergrenze für den **Fixkostenzuschuss** dürfte nicht erreicht werden. Die Schätzung der Budgeteffekte dieses Instruments ist besonders schwierig, weil Anträge bis August 2021 gestellt werden können und die bisherigen, geringen Auszahlungen keinen Hinweis auf die tatsächlichen Budgeteffekte liefern.

In der Hauptvariante der Prognose wird von einem Budgetvolumen von 5 Mrd. € 2020 und 1 Mrd. € 2021 ausgegangen. Ein weit überdurchschnittlicher Zuwachs von +7,8% wird 2020 für die monetären Sozialleistungen erwartet (u. a. Arbeitslosengeld, Kinderbonus, Negativsteuer, Anhebung der Notstandshilfe, Zahlungen aus dem Härtefallfonds). Die Inanspruchnahme des **Härtefallfonds** liegt derzeit noch unter den Erwartungen; in der Prognose ist ein Betrag von 1 Mrd. € kalkuliert.

Insgesamt sind die prognostizierten **Staatsausgaben 2020 um 11,8% (22,7 Mrd. €) höher** als im Vorjahr. Dabei profitieren die öffentlichen Haushalte – trotz hoher Kreditaufnahmen – von unverändert niedrigen Zinssätzen und einer Schwäche des öffentlichen Konsums 2020, die zum Teil auch dem Lockdown zuzuschreiben sein dürfte. 2021 werden die Ausgaben in der Hauptvariante gegenüber dem Vorjahr um 2,7% sinken, da zahlreiche Einmalmaßnahmen wegfallen. Insgesamt wird für die Periode bis 2025 ein mäßiges Ausgabenwachstum angenommen. Die Staatsausgabenquote, die 2020 auf einen Höchstwert von 57,0% des BIP springt, wird diesen Annahmen zufolge 2021 auf 52,2% und bis 2025 auf knapp unter 50% zurückgehen.

Das in der Hauptvariante erwartete gesamtstaatliche **Budgetdefizit** wird für 2020 auf 9,4% und für 2021 auf 4,7% des nominellen BIP geschätzt. Aufgrund der für die Post-COVID-19-Periode ab 2022 angenommenen gedämpften Ausgabenentwicklung und der unterstellten Rückkehr der Dynamik der Einnahmen aus Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Verbrauchsteuern auf Prä-COVID-19-Zusammenhänge (Elastizitäten) geht das prognostizierte Budgetdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraumes deutlich auf 1,0% des nominellen BIP zurück. Die **Staatsschuldenquote** wird nach dem merklichen Anstieg auf 84,1% (2020) vor allem aufgrund des höheren nominellen BIP-Wachstums ("Nenner-Effekt") bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 wieder auf rund 80% sinken. Sie liegt damit auch fünf Jahre nach dem Beginn der COVID-19-Krise um fast 10 Prozentpunkte über dem Ausgangsniveau von 2019 (70,5% des BIP).

Der strukturelle Budgetsaldo wird durch den massiven Konjunkturreinbruch des Jahres 2020 erheblich beeinflusst. Die Outputlücke wird stark negativ, sodass sich der zyklisch bereinigte Budgetsaldo 2020 gegenüber dem Finanzierungssaldo von -9,4% auf -6,2% verbessert. Die Anwendung der EU-Fiskalregeln ist allerdings aufgrund der Aktivierung der "allgemeinen Ausweichklausel" ohnehin de facto umgesetzt. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraumes verbessert sich der strukturelle Budgetsaldo kontinuierlich, im Jahr 2025 erreicht er -1,4% des BIP.

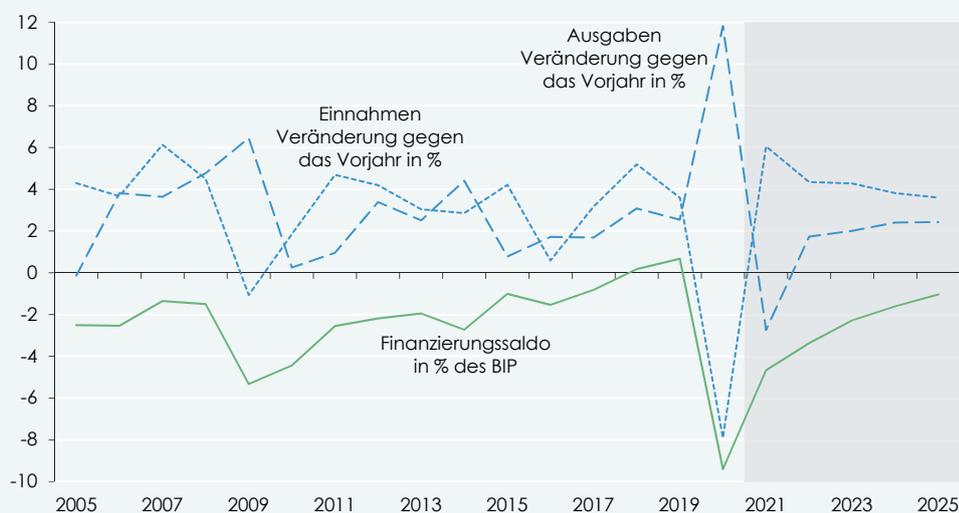
Übersicht 6: Staat – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Laufende Einnahmen	+ 3,8	+ 0,8	+ 4,4	- 7,9	+ 6,1	+ 4,4	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 2,4	+ 4,1	+ 1,1	+ 11,8	- 2,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	+ 1,9	+ 3,9	- 5,0	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,8
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,2	- 2,6	- 9,4	- 4,7	- 3,4	- 2,3	- 1,6	- 1,0
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,6	- 2,0	- 2,5 ²⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ³⁾	- 1,5	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,1	- 2,0	- 2,5 ²⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ³⁾	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Staatsschuld	82,9	78,0	82,0	84,1	83,0	83,1	82,5	81,4	80,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020. – ²⁾ 2021/2024. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 9: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

4. Ein alternatives COVID-19-Risikoszenario – zweiter Lockdown

Im **Risikoszenario** wird in Österreich und den wichtigsten Handelspartnern eine zweite **Infections-welle mit einem übermäßigen Anstieg der Zahl der SARS-Cov-2-Infektionen** angenommen. Um das epidemiologische Geschehen wieder unter Kontrolle zu bringen, werden **drastische Maßnahmen der Bundesregierung unterstellt**, wie "Geschäfts- und Fabrikschließungen, Reisebeschrän-

kungen, aber auch (partielle) Schulschließungen, die das Arbeiten der Eltern von Zuhause erschweren. In diesem Risikoszenario wird damit gerechnet, dass die Lockdown-Intensität, gemessen am Indikator der Blavatnik School of Government⁴⁾, ab November wieder über 70 steigt, die Maßnahmen bis nach den Weihnachtsfeiertagen in Kraft sind und danach langsamer gelockert werden

⁴⁾ Hale et al. (2020A, 2020B).

als im Sommer 2020" (Schiman, 2020, S. 727). Dieses Szenario baut für die Jahre 2020/21 auf dem in Schiman (2020, Kapitel 3) dargestellten Risiko-BIP-Pfad für Österreich auf und unterlegt diesen zum einen mit Annahmen zur internationalen Entwicklung der Realwirtschaft auf der Basis des Second Wave Szenario von Oxford Economics von Mitte September 2020 (Übersicht 7, Abbildung 2). Zum anderen wird angenommen, dass die tiefere und längere Rezession im Euro-Raum durch eine Ausweitung der geldpolitischen Maßnahmen bekämpft wird und die Wertpapierankaufprogramme der EZB entsprechend ausgeweitet werden. Als Folge gehen der kurz- und der langfristige Zinssatz (leicht) zurück. Für die USA wird eine symmetrische Aktion der Fed unterstellt, wodurch der Euro-Dollar-Wechselkurs unverändert bleibt. Aufgrund der Abschwächung der Wirtschaftsleistung sinken die Rohstoffnachfrage und der Rohölpreis.

Sollte eine zweite COVID-19-Infektionswelle einen neuerlichen Lockdown erfordern, dann könnte die Wirtschaftsleistung in Österreich 2020 um 9¼% und die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 2¼% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte sich 2021 auf 10¼% und die Staatschuldenquote auf 93% des BIP erhöhen.

Auf dieser Basis werden für Österreich mit dem Modell WIFO-Macromod für die Jahre 2020 und 2021 restringierte Pfade für die BIP-Komponenten, die Beschäftigung und Lohnentwicklung geschätzt, die dem Risiko-BIP-Pfad der kurzfristigen WIFO-Prognose entsprechen. Für die Folgejahre wird eine unrestringierte Prognose erstellt.

Im Risikoszenario ist die Rezession deutlich tiefer und länger als in der Hauptvariante.

Deshalb wird eine **Ausweitung der bereits beschlossenen fiskalpolitischen COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen** (Kapitel 3.7) für 2020 und 2021 wie folgt **unterstellt**: Die Kurzarbeitsbeihilfe wird um 0,5 Mrd. € bzw. 2 Mrd. € höher angenommen, der Fixkostenzuschuss um jeweils 1 Mrd. €, der Härtefallfonds um jeweils 0,5 Mrd. € höher. Im Zeitraum 2020 bis 2022 werden für die Unterstützungsleistungen an nicht gewinnorientierte Organisationen zusätzlich 0,2 Mrd. € unterstellt. Da weiters die budgetwirksame Inanspruchnahme von Haftungen und die Ausfälle gestundeter Abgabeforderungen 2020 und 2021 zunehmen dürften, wird dafür zusammengefasst ein Betrag von jeweils 1 Mrd. € angenommen. Hinzu kommen höhere Transferzahlungen an Arbeitslose von bis zu 1 Mrd. € im Jahr 2021.

Die Drosselung der wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten durch einen zweiten Lockdown hätte einen neuerlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung zur Folge: Das BIP würde 2020 um 9¼% schrumpfen und 2021 auf diesem niedrigen Niveau beinahe stagnieren (+0,4%). Für 2022 (+4,8%) wird ein etwas stärkerer Rebound-Effekt als in der

Hauptvariante für 2021 (+4,4%) erwartet. Da der Aufschwung im Risikoszenario nach zwei (sehr) schwachen Jahren erfolgt, ist dieser Rebound aber schwächer einzustufen, das Vorkrisenniveau des BIP wird erst 2024 erreicht: drei Jahre nach Ausbruch der Krise, im Hauptszenario nach zwei Jahren. Für den BIP-Verlauf in den Jahren 2023 bis 2025 wird eine ähnliche (um ein Jahr verschobene), aber etwas schwächere Anpassung wie in der Hauptvariante unterstellt (Abbildung 1). Die Hauptergebnisse dieser Alternativrechnung zeigt Übersicht 8. Über den gesamten Prognosezeitraum 2021/2025 ist das **durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte geringer** als in der Hauptvariante. Das **Wachstum des Trendoutputs** fällt aufgrund der schwächeren Investitionstätigkeit und der höheren strukturellen Arbeitslosigkeit (NAWRU) um **0,2 Prozentpunkte niedriger** aus.

Aufgrund der Einschränkungen der Konsummöglichkeit, aber auch durch vermehrtes Vorsichtssparen steigt die Sparquote 2020 auf 17% (+2 Prozentpunkte gegenüber der Hauptvariante bzw. +8¼ Prozentpunkte gegenüber dem Vorkrisenniveau).

Die **Arbeitslosenquote** steigt **2021 auf 10¼%** und ist über den gesamten Prognosezeitraum um 1 Prozentpunkt höher als in der Hauptvariante. Der Bestand an Arbeitslosen ist 2021 um bis zu 62.000 Personen höher als laut Hauptvariante.

Die deutlich ungünstigeren ökonomischen Rahmenbedingungen ergeben im Risikoszenario einen wesentlich schlechteren staatlichen Finanzierungssaldo als in der Hauptvariante. Auf der Einnahmenseite ist von einem stärkeren Rückgang vor allem der Lohn- und der Umsatzsteuereinnahmen und einem niedrigeren Aufkommen an Sozialbeiträgen auszugehen. Auf der Ausgabenseite spiegelt sich die ungünstigere ökonomische Entwicklung im Risikoszenario in einer merklich verstärkten Inanspruchnahme von COVID-19-Unterstützungsleistungen. In Summe ergeben die im Risikoszenario zu erwartenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen **2020 ein Budgetdefizit von 10¼% des nominellen BIP**. Dadurch verlangsamt sich auch die prognostizierte mittelfristige Verbesserung des Budgetpfades 2022/2025. Zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 beträgt das gesamtstaatliche Defizit noch 2¼% des BIP, und der Schuldenstand bleibt bis 2025 bei 93% des nominellen BIP. Er ist damit zum Ende der Prognoseperiode um 13 Prozentpunkte höher als in der Hauptvariante.

Übersicht 7: Internationale Konjunktur – Risikoszenario

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 0,8	- 0,5	+ 2,0	- 9,5	± 0,0	+ 5,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	- 6,0	+ 0,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,0	
USA	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,9	- 5,0	- 0,5	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,9	
Schweiz	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,6	- 5,0	- 1,0	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,3	
China	+ 7,9	+ 5,3	+ 4,5	± 0,0	+ 2,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 4,8	+ 4,8	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,6	+ 0,4	+ 2,1	- 7,8	+ 0,0	+ 4,8	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,6	
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	97	55	48	42	43	47	49	50	51
Wechselkurs	\$ je €	1,29	1,14	1,20	1,14	1,17	1,18	1,20	1,21	1,22
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,5	- 0,4	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,5	0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Übersicht 8: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Risikoszenario

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Veränderung in % p. a.									
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	- 0,3	+ 2,1	- 9,3	+ 0,4	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,4
Nominell	+ 3,1	+ 1,3	+ 3,5	- 7,5	+ 1,7	+ 6,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,0
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,2	- 1,2	+ 1,2	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,3
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,8
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,2	- 2,6	+ 0,2	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	- 2,2	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	5,5	5,7	6,2	5,6	5,4	5,3	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,8	8,5	8,9	10,1	10,3	9,3	8,7	8,4	8,1
In % des BIP									
Außenbeitrag	3,1	3,3	3,1	2,8	3,0	3,1	3,1	3,2	3,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,5	- 4,6	- 10,8	- 8,2	- 5,3	- 3,9	- 3,1	- 2,4
Staatsschuld	82,9	78,7	93,3	87,4	93,2	93,1	93,5	93,6	93,2
In % des verfügbaren Einkommens									
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,7	9,9	17,0	14,4	10,0	8,7	8,3	8,0

Q: Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

5. Allgemeine Risikoüberlegungen

Neben der COVID-19-Krise ergeben sich aus den internationalen Rahmenbedingungen für die vorliegende Prognose weitere, hauptsächlich Abwärtsrisiken:

- Die Auswirkungen des bevorstehenden **Austrittes des Vereinigten Königreiches aus der EU** bilden nach wie vor ein bedeutendes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung in der EU. Eine empfindliche

Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU infolge eines "harten Brexit" (worauf derzeit vieles hindeutet) würde sich zwar in erster Linie negativ auf das Vereinigte Königreich selbst, aber auch auf die Wirtschaftsentwicklung im übrigen Europa auswirken. Im Besonderen wären davon EU-Länder mit sehr engen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich betroffen (Irland, Niederlande).

- Eine weitere **Ausweitung protektionistischer Maßnahmen** im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch mit der EU und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer neuerlichen Eskalation des Handelskonfliktes mit markanten Nachteilen für die gesamte Weltwirtschaft. Aufgrund sehr verzweigter weltweiter Wertschöpfungsketten hätten zusätzliche Behinderungen des Welthandels negative Auswirkungen auf die Produktion in den einzelnen Ländern und würden den Abwärtstrend der Konjunktur noch verstärken.
- Schwelende **geopolitische Konflikte** im Nahen und Mittleren Osten sowie die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen bzw. für einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken.

Ein **Eintreten dieser Abwärtsrisiken** für die Weltwirtschaft würde die in der Prognose unterstellte **Entwicklung der österreichischen Ausfuhr unmittelbar verschlechtern** und in Österreich das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse und das Abgabenaufkommen dämpfen sowie die Staatsausgaben tendenziell erhöhen.

Eine **stärkere Koordination der geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen** zum einen zwischen den wirtschaftspolitischen Akteuren in einem Land (bzw. in einem gemeinsamen Währungsraum) und zum anderen zwischen den einzelnen Ländern (Währungsräumen) würde die **Effektivität der wirtschaftspolitischen Maßnahmen signifikant steigern** (Galli, 2020).

Als Folge des Brexit wird sich der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget sehr wahrscheinlich erhöhen; wie hoch er ausfallen wird, lässt sich aber noch nicht abschätzen.

Aktuell ist der künftige wirtschaftspolitische Pfad der Bundesregierung stark von der COVID-19-Krise dominiert. Aufgrund der No-Policy-Change-Annahme wurden in der Prognose keine Annahmen zu zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen, einer Ökologisierung des Steuersystems, Reformen der Pflege- oder Pensionsfinanzierung, im Bereich des Bildungs- oder Finanzausgleichssystems o. Ä. getroffen. Vor diesem Hintergrund ist für den prognostizierten Budget- und Verschuldungspfad das Risiko einer ungünstigeren Entwicklung deutlich höher einzuschätzen.

6. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Bierbaumer-Polly, J., Fink, M., Friesenbichler, K. S., Kaniovski, S., Klien, M., Loretz, S., Pitlik, H., Rocha-Akis, S., Sinabell, F. (WIFO), Schnabl, A., Lappöhn, S., Mateeva, L., Plank, K., Wimmer, L. (IHS), Berger, J., Schwarzbauer, W., Strohner, L. (EcoAustria), Ökonomische Bewertung der in der Regierungsklausur am 16. Juni 2020 vorgestellten Maßnahmen, WIFO, IHS und EcoAustria, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66415>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), Macroeconomic Models and Forecasts for Austria, Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Bierbaumer-Polly, J., Glocker, Ch., Huemer, U., Loretz, S., Mahringer, H., Pitlik, H., "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 239-265, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65916>.
- Bloom, N., "How working from home works out", Stanford University, Institute for Economic Policy Research, Policy Brief, June 2020, <https://siepr.stanford.edu/research/publications/how-working-home-works-out>.
- Bloom, N., Liang, J., Roberts, J., Zhichun, J. Y., "Does Working from Home Work? Evidence from a Chinese Experiment", The Quarterly Journal of Economics, 2015, 130(1), S. 165-218.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H., "COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung und Anstieg der Arbeitslosigkeit halten im April an", WIFO Research Briefs, 2020, (5), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65983>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung verlangsamt sich im Mai etwas", WIFO Research Briefs, 2020, (8), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66125>.
- Cofis, J. P., Elmeskov, J., Mourougane, A., "Estimates of potential output: Benefits and pitfalls from a policy perspective", in Reichlin, L. (Hrsg.), The Euro Area Business Cycle: Stylized Facts and Measurement Issues, CEPR, London, 2005, S. 35-60.
- Dieppe, A. (Hrsg.), Global Productivity: Trends, Drivers and Policies, Weltbank, Washington D.C., 2020.

- EU Independent Fiscal Institutions (EU IFIs), A practitioner's guide to potential output and the output gap. Definition – Estimation – Validation, Dublin, 2018.
- Gali, J., "The effects of a money-financed fiscal stimulus", *Journal of Monetary Economics*, 2020, 115, S. 1-9.
- Hale, Th., Angrist, N., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Kira, B., Majumdar, S., Petherick, A., Phillips, T., Tatlow, H., Webster, S. (2020A), Variation in Government Responses to COVID-19. Version 8.0, University of Oxford, Blavatnik School of Government, Working Paper October 2020, <https://www.bsg.ox.ac.uk/research/publications/variation-government-responses-covid-19>.
- Hale, Th., Angrist, N., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Kira, B., Majumdar, S., Petherick, A., Phillips, T., Tatlow, H., Webster, S. (2020B), Oxford COVID-19 Government Response Tracker, University of Oxford, Blavatnik School of Government, Data set, 2020, https://raw.githubusercontent.com/OxCGRT/covid-policy-tracker/master/data/OxCGRT_latest.csv.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, Ch., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps", *European Economy, Economic Papers*, 2014, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., Rossi, A., "NAWRU estimation using structural labour market indicators", *European Economy, Discussion Papers*, 2017, (69).
- International Energy Agency (IEA), *World Energy Outlook 2020*, Paris, 2020.
- Meyer, I., Sommer, M., Kratena, K., "How to reach Paris: a comprehensive long-term energy-economy scenario for Austria", in Zachariadis, Th., Milne, J. E., Andersen, M. S., Ashiabor, H. (Hrsg.), *Economic Instruments for a Low-carbon Future. Critical Issues in Environmental Taxation*, Edward Elgar, Cheltenham, 2020, S. 127-140.
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", *Empirica*, 2018, 45(1), S. 59-82.
- Oberhofer, H., Pfaffermayr, M., "Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit: A Panel Data Structural Gravity Model", *FIW Working Papers*, 2018, (187).
- Schiman, St., "Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(10), S. 715-728, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66557>.